

"Einige Schritte in die richtige Richtung!"

Die FDP-Stadtratsfraktion begrüßt die Vorschläge der SPD, Doppelstrukturen in der Stadtverwaltung sowie bei den Tochterfirmen der Stadt abzubauen. Abgelehnt wird dagegen von den Liberalen der Vorschlag der SPD, ein zentrales Flächenmanagement zu installieren und nur noch Großflächen, die der Stadt zur Verfügung stehen, zu Bauland zu machen.

" Mit dem Vorschlag, einen zentralen Fuhrpark für die Stadt und die Tochterfirmen zu gründen und das Standort- und das Stadtmarketing bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusammenzuführen, rennt die SPD bei uns offene Türen ein. Darüber hinaus haben wir seit langem vorgeschlagen, zu privaten Zwecken genutzte Immobilien an die Wohnstätte und gewerblich genutzte Immobilien auf die Grundstücksgesellschaft zu übertragen. Auch darüber hinaus sehen wir die Möglichkeit, innerhalb der Verwaltung Fachbereiche zusammenzuführen und damit kostenreduzierend Leitungsebenen einzusparen. Wir würden uns freuen, wenn wir mit der SPD über diese Vorschläge ins Gespräch und möglichst zu einem Konsens kommen könnten", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Großflächen nur noch zu aktivieren, wenn sie sich in der Verfügung der Stadt oder einer Tochterfirma befinden, wird dagegen von den Liberalen strikt abgelehnt:

" Die SPD vergisst leider, dass sich die größten Areale in Privatbesitz befinden, z. B. im Chempark oder bei Outokumpu. Es wäre ausgesprochen kontraproduktiv, wenn sich hier Ansiedlungsmöglichkeiten ergeben würden, darauf nur zu verzichten, weil es sich nicht in kommunaler Hand befindet."

Zu den gleichzeitig von der SPD geforderten Einnahmeverbesserungen erklärt Heitmann: "Abgesehen davon, dass die Erklärungen des SPD-Oberbürgermeisterkandidaten Frank Meyer und des SPD-Fraktionsvorsitzenden Uli Hahnen hier ausgesprochen nebulös bleiben, sehen wir Steuererhöhungen grundsätzlich als sehr kritisch an, da sie ohnehin schon schlechte wirtschaftliche Situation in Krefeld noch einmal verschlechtern können. Dies gilt für Grund- und Gewerbesteuer. Demgegenüber sehen wir durchaus im Bereich der Gebühren Handlungsmöglichkeiten, die wir gerne mehr in den Fokus der Haushaltsberatungen rücken würden".